

Beschluss der Bundesvertreterversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands am 25. November 2023 in Kassel

Deutschland-Ticket: Teurer Bundeseingriff in den ÖPNV

Es besteht keine Klarheit über die zukünftige Finanzierung des Deutschland-Tickets für die Kommunen und ihre Verkehrsunternehmen. Es geht Schätzungen zufolge um mehr als 4,1 Mrd. Euro, die im kommenden Jahr kompensiert werden müssten. Somit verbleibt zur bisherigen Kompensationsvereinbarung eine Lücke von rund 1,1 Mrd. Euro, die durch im Jahr 2023 nicht abgeflossenen Ausgabereste nicht geschlossen werden kann. Die Bund-Länder-Vereinbarung vom 6. November 2023 bleibt hier deutlich hinter den tatsächlichen Erfordernissen zurück. Zudem brauchen die Kommunen und ihre Verkehrsunternehmen frühzeitig Planungssicherheit über das Jahr 2024 hinaus.

Wir fordern daher Bund und Länder auf, das Deutschland-Ticket grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen.

Rund 42 % der 49-Euro-Ticket-Nutzer hatten schon zuvor ein ÖPNV-Abo, 47 % sind sogenannte Neu-Abos, die aber auch schon Bus und Bahn genutzt haben. Lediglich 8% sind echte Neukunden, die den ÖPNV vorher nicht genutzt haben. Bisher findet nur eine geringfügige Verlagerung vom motorisierten Individualverkehr auf den klimafreundlicheren ÖPNV statt. 5 % aller Fahrten mit dem Deutschland-Ticket wären sonst mit dem Auto unternommen worden. Dies ist ein Anfang, aber teuer erkaufte. Allerdings ist damit noch keine Ausweitung des Angebots erreicht. Wir wollen den ÖPNV attraktiver machen. Wir brauchen neue Strecken, mehr Fahrzeuge, einen engeren Takt und intelligente Angebote auch im ländlichen Raum.